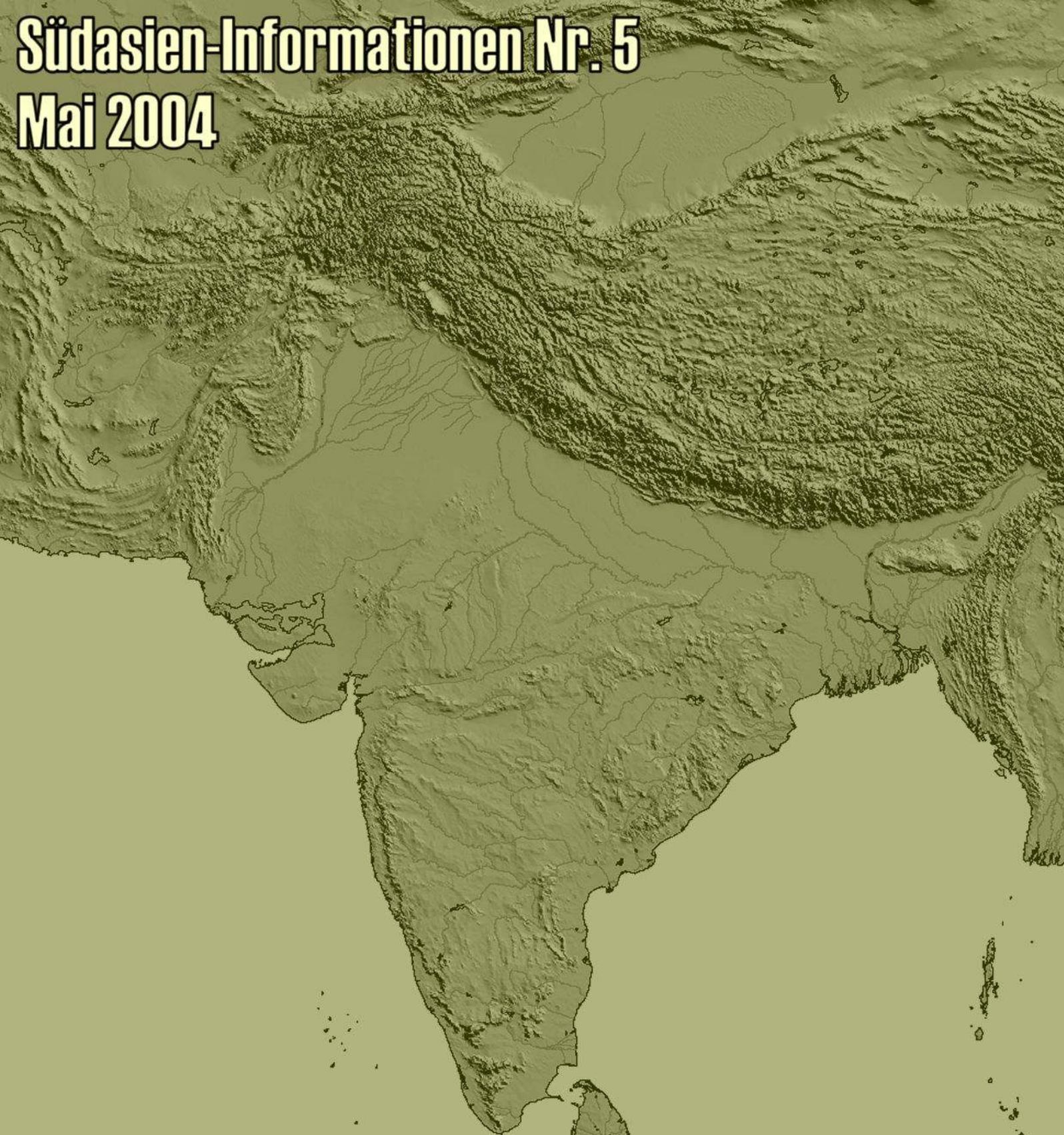


Südasiens-Informationen Nr. 5
Mai 2004



GROSSMACHT IM WARTESTAND?
Indische Außenpolitik
am Beginn des 21. Jahrhunderts
von Christian Wagner

Südasiens-Informationen Nr. 5
April 2004

Großmacht im Wartestand?

Indische Außenpolitik

am Beginn des 21. Jahrhunderts

von Christian Wagner

Der Text erschien im Original in dem Sammelband „Indien 2003. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft“, hg. von Werner Draguhn, Hamburg 2003. Wir danken den Herausgebern für die freundliche Genehmigung zum Abdruck.

Herausgeber:

suedasien.info

Südasiens-Informationsnetz e.V.

Reichenberger Straße 35

D - 10999 Berlin

Tel.: 030 – 788 95 411

Fax: 030 – 788 95 253

Email: kontakt@suedasien.net

Internet: www.suedasien.info

Spendenkonto:

Konto 7170695008

Berliner Volksbank

BLZ: 100 900 00

ISSN 1860 - 0212

Inhalt

Einleitung.....	3
Supermächte, Großmächte, Regionalmächte.....	4
Identität und Ressourcen.....	6
Institutionen und Interaktion.....	10
Der Ost-West-Konflikt	10
Das internationale System nach 1991.....	12
Indien und der NVV in den neunziger Jahren.....	13
Indien und die Beziehungen zu den USA und zur VR China	14
Ausblick: Großmacht im Wartestand?.....	17

Einleitung

Die Irakkrieg im Frühjahr 2003 hat nicht nur eine Diskussion über seine Rechtmäßigkeit entfacht, sondern auch die Frage nach der zukünftigen Struktur des internationalen Systems neu belebt. Bereits nach dem Ende des Ost-West-Konflikts war 1991 vom damaligen US-Präsidenten George Bush eine neue Weltordnung angekündigt worden, deren Konturen allerdings erst jetzt deutlicher hervortreten. Die unterschiedlichen Positionen wie sie von den USA einerseits und einer Reihe europäischer Staaten wie Frankreich und Russland andererseits vertreten werden, drehen sich um die Frage, inwieweit bei internationalen Konflikten völkerrechtliche Regelungen zur Anwendung kommen sollen oder inwieweit Staaten das Recht zur militärischen Intervention eigenmächtig ausüben können.

Die unterschiedlichen regionalen Erfahrungen mit multilateralen Institutionen zur Krisenbewältigung legen es nahe, dass die bisher zu beobachtende Aufteilung der Welt auch zukünftig Bestand haben wird. Im Verlauf des Ost-West-Konflikts haben sich im europäischen Kontext verschiedene multilaterale Sicherheitsstrukturen herausgebildet. Eine ähnliche Entwicklung ist im asiatischen Raum bislang kaum zu beobachten. Abgesehen vom ASEAN Regional Forum (ARF) gibt es keine vergleichbaren Institutionen, so dass sicherheitspolitische Anliegen stärker als in Europa in die Domäne der klassischen, bilateral orientierten staatlichen Außenpolitik fallen. Die Allianz gegen den Terrorismus in Asien weist ebenfalls in diese Richtung, denn sie besteht im wesentlichen aus einer Reihe bilateraler Vereinbarungen zwischen den USA und verschiedenen Staaten. Eine solche Koalitionspolitik dürfte auch zukünftig die US-Außenpolitik im asiatischen Raum prägen.¹ Dies wirft die Frage nach der Zusammenarbeit mit anderen Groß- bzw. Regionalmächten auf.

Aus der Reihe der asiatischen Staaten hat in den vergangenen Jahren vor allem die Indische Union an Profil gewonnen. In den neunziger Jahren ist eine deutliche Verbesserung der bilateralen Beziehungen zu den USA zu verzeichnen und auch das Verhältnis zur Volksrepublik (VR) China hat sich deutlich gebessert. Damit stellt sich die Frage, ob die Indische Union auch als Großmacht im internationalen System des 21. Jahrhunderts gelten kann? Hierzu sollen zunächst die Begrifflichkeiten voneinander abgegrenzt werden. Anschließend sollen die indischen Großmachtambitionen anhand der Kategorienpaare Identität und Ressourcen sowie Institutionen und Interaktion erörtert werden.

¹ Vgl. Chase, Robert/Hill, Emily/Kennedy, Paul (eds.), *The Pivotal States. A New Framework for U.S. Policy in the Developing World*, New York/London 1999; Haass, Richard N., *Defining U.S. Foreign Policy in a Post-Post-Cold War World*, in: <http://www.uspolicy.be/Issues/Foreignpolicy/haass.042302.htm> (Zugriff 10. April 2003).

Supermächte, Großmächte, Regionalmächte

Fragen von Status und Anerkennung nehmen in der Außenpolitik eine wichtige Rolle ein, wenn auch sie in der theoretischen Diskussion oft vernachlässigt werden. Staaten streben nicht nur nach materieller Macht, wie sie in der Höhe des Bruttosozialprodukts (BSP) oder der Zahl von Raketensprengköpfen zum Ausdruck kommt, sondern auch nach Anerkennung, Prestige und Status. Deren Bedeutung zeigt sich u.a. in der immer wiederkehrenden Metapher von der ‚Rolle in der Welt‘ von Staaten, die empirisch in den Reden von Politikern weitaus häufiger zu finden als die von Wissenschaftlern konstatierte Anarchie des internationalen Systems und die daraus resultierenden Sachzwänge.² Für die hier vorliegende Fragestellung ist zunächst eine Abgrenzung der immer wieder benutzten Begriffe Super-, Groß- und Regionalmacht notwendig.

Super- und Großmächte genießen einen besonderen Status innerhalb der internationalen Gemeinschaft, der sich auf den ersten Blick nicht mit der in der Charta der Vereinten Nationen (VN) festgeschriebenen Gleichheit aller Staaten verträgt. Der besondere Status begründet sich darin, dass beide Staatengruppen in exklusiven Institutionen vertreten sind und über exklusive Machtmittel verfügen. Der ständige Sitz im Weltsicherheitsrat der VN gab den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs plus China eine herausgehobene Stellung in der Staatengemeinschaft, dessen Vetorecht zugleich ein besonderes politisches Machtmittel darstellte. Mit der Verfügungsgewalt über Nuklearwaffen erwarben dieselben Staaten bis Mitte der sechziger Jahre auch eine außergewöhnliche militärische Stärke. Das militärische Monopol der Atomkräfte wurde durch eine zweite exklusive Institution, den 1970 in Kraft getretenen Nichtverbreitungsvertrag für Kernwaffen (NVV), festgeschrieben. Die Zustimmung der überwiegenden Zahl von Staaten sowohl zu den VN als auch zum NVV zeigt, dass diese Statusunterschiede auch formal anerkannt wurden.

Staaten wie die USA und die frühere Sowjetunion ließen sich von Großmächten wie Großbritannien, Frankreich und China dadurch abgrenzen, dass sie über eine universell ausgerichtete Ideologie verfügten, wie sie in den Gegensatzpaaren Kapitalismus und Kommunismus zum Ausdruck kam. Aufgrund ihrer zunächst überlegenen militärischen und später wirtschaftlichen Ressourcen wurden sie in Abgrenzung zu den Großmächten als Welt- oder Supermächte charakterisiert. Eine der ersten Definitionen lautete demzufolge: „great power plus great mobility of power.“³ Zudem waren sie in der Lage, den Aufbau von globalen und regionalen Institutionen im Bereich Militär und Wirtschaft (NATO, RWG, IWF, COMECON) zu fördern, mit denen sie ihre Interessen durchsetzen konnten. Die Machtposition der Supermächte beruhte aber nicht nur auf ihren materiellen

² Nur neueren Diskussion vgl. Le Prestre, Philippe G. (ed.), *Role Quests in the Post-Cold War Era. Foreign Policies in Transition*. Montreal 1997.

³ Vgl. Fox, William, *The Super-Powers*, New York 1944, S. 21.

Ressourcen, sondern auch auf ihrer Überzeugungsmacht, der sich andere Staaten und Großmächte zunächst anschlossen.⁴

Großmächte wie die europäischen Siegermächte Frankreich und Großbritannien büßten nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem sich anbahnenden Niedergang ihrer Kolonialreiche ihre globale Bedeutung ein. Ihr außenpolitisches Selbstverständnis war zwar weiterhin von überseeischen Interessen, z.B. in Afrika oder in Südostasien, bestimmt, beinhaltete aber keine globale Komponente mehr. Sie waren in regionalen Kontexten, nicht aber im globalen Rahmen in der Lage, den Aufbau von Institutionen zu fördern, mit deren Hilfe sie ihre Interessen durchsetzen konnten.

Während sich der Status von Super- und Großmächten und deren Anerkennung durch die Mitgliedschaft in exklusiven Institutionen noch formal ableiten lässt, ist dies beim Begriff der Regionalmacht deutlich schwieriger. Als Beispiele hierfür werden u.a. Staaten wie Brasilien, Nigeria, der Iran, Indonesien und auch Indien genannt. Gemeinsames Merkmal ist ihre gegenüber den Nachbarn umfangreiche konventionelle Schlagkraft sowie das Motiv, auch politisch und wirtschaftlich die Politik in den angrenzenden Staaten zu beeinflussen zu wollen.

Ein zentraler Bestandteil des Großmachtverständnisses war neben der institutionellen Exklusivität zunächst militärische Stärke, wobei nukleare und konventionelle Fähigkeiten oft übereinstimmten. Die wachsende Globalisierung und ökonomische Interdependenz führte aber seit Ende der siebziger Jahre zu einer Aufwertung des Kriteriums wirtschaftliche Leistungskraft in Bezug auf den Machtstatus von Staaten, die mit der Gründung der Gruppe der sieben führenden Industriestaaten (G 7) auch einen neuen institutionellen Rahmen fand. Die wirtschaftliche Entwicklung Japans und Deutschlands schien beiden Staaten ein deutlich größeres internationales Gewicht zu verleihen als Großmächten wie Frankreich oder Großbritannien. Mit dem Konzept der „Zivilmacht“ und der „soft power“ wurden zudem Ressourcen wie Kultur, Ideen und internationale Institutionen in den Vordergrund gerückt, um die Machtposition von Staaten zu beschreiben.⁵

Eine Reihe von Studien haben in der Vergangenheit versucht, die Machtposition von Staaten im internationalen Systems mit Hilfe von Indikatoren wie Bevölkerungsgröße, Militärmacht und Wirtschaftskraft zu bestimmen.⁶ Problematisch war u.a., dass solchen Ranglisten eine historische Dimension fehlte, d.h. sie können weder den Ursprung einer Rangordnung noch deren Wandel erklären. Macht, d.h. den anderen dazu zu bringen etwas zu tun, was man selber will, ist aber kein Zustand, sondern vor allem eine Beziehung.

⁴ Vgl. Nye, Joseph S. jr., Soft Power, in *Foreign Policy*, No 80 (Fall 1990), S. 167.

⁵ Vgl. Nye 1990; Maull, Hans W., Zivilmacht Bundesrepublik Deutschland. Vierzehn Thesen für eine neue deutsche Außenpolitik, in: *Europa-Archiv*, 47 (1992) 10, S. 269-278.

⁶ Vgl. hierzu u.a. Cline, Ray S., *World Power Assessment. A Calculus of Strategic Drift*, Boulder 1975.

Damit sind nicht nur die Ressourcen, sondern der Kontext von Macht von Bedeutung. Des weiteren fehlt den auf Machtindikatoren orientierten Ansätzen eine innenpolitische Komponente, die auf das Selbstverständnis von Staaten, auf ihre mögliche Identität als Großmacht, abzielt.

Eine Reihe dieser Probleme lassen sich umgehen, wenn der Begriff ‚Großmacht‘ als rollentheoretisches Konzept verstanden wird.⁷ Damit ist es u.a. möglich eine nationale und internationale Ebene bei der Analyse zu berücksichtigen. Großmacht lässt sich somit als außenpolitisches Rollenkonzept (Normen) und Rollenverhalten (Interaktion) definieren, das auf nationaler Ebene an bestimmte Werte gebunden ist und das auf internationaler Ebene nach Merkmalen und Formen der Einflussnahme strebt, die von den politischen Entscheidungsträgern mit dem Status einer Großmacht in ihrem jeweiligen internationalen Umfeld verbunden werden.

Vor dem Hintergrund der sehr verkürzt wiedergegebenen theoretischen Diskussion und des Problems, dass Großmachtansprüche selten offen und konsistent formuliert werden, soll im Folgenden eine Erörterung des Großmachtstatus der Indischen Union anhand der Kategorienpaare Identität und Ressourcen für die nationale Ebene sowie Institutionen und Interaktion für die internationale Ebene erfolgen. Diese Zusammenfassung lässt sich rechtfertigen, denn das außenpolitische Selbstverständnis ist stets mit der Umsetzung seiner Vorstellungen im Sinne von Ressourcen wie Ausbau der Streitkräfte bemüht. Die Frage nach dem Zugang zu exklusiven Institutionen ist auf das Engste mit der Interaktion, d.h. mit den Beziehungen Indiens mit anderen Groß- und Supermächten wie China oder den USA verknüpft. Die Indische Union, so das Argument im Folgenden, kann als Großmacht im Wartestand bezeichnet werden. Sie weist einerseits eine Reihe von Faktoren auf, die im allgemeinen Großmächten zugeschrieben werden. Andererseits fehlen Indien wichtige Merkmale, vor allem die Zugehörigkeit in exklusiven Organisationen. Mit Hilfe der genannten Kategorienpaare soll die Außenpolitik der Indische Union betrachtet werden, um daraus Rückschlüsse auf ihre Großmachtambitionen zu ziehen.

Identität und Ressourcen

Das außenpolitische Selbstverständnis Indiens ist untrennbar mit der Person Jawaharlal Nehrus verbunden. Bereits während des Unabhängigkeitskampfes des Indischen Nationalkongresses gegen die britische Kolonialherrschaft befasste er sich intensiv mit Fragen der internationalen Politik. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und noch vor der Unabhängigkeit Indiens 1947 urteilte Nehru, dass nur noch vier Staaten das künftige internationale System bestimmen würden: die USA, die Sowjetunion, China und Indien.

⁷ Vgl. hierzu Gaupp, Peter, *Staaten als Rollenträger. Die Rollentheorie als Analyse-Instrument von Außenpolitik und internationalen Beziehungen*, Bern 1983; Kirste, Knut/Maull, Hanns W., *Zivilmacht und Rollentheorie*, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 3 (1996) 2, S. 283-312.

Den Kolonialmächten Frankreich und England räumte er demgegenüber keine große internationale Bedeutung mehr ein.⁸

Angesichts der bereits damals offensichtlichen Entwicklungsprobleme eines unabhängigen Indiens waren Nehrus außenpolitische Vorstellungen über die zukünftige Großmachtstellung einerseits von der geographischen und demographischen Größe und andererseits von den historischen bzw. zivilisatorischen Leistungen seines Landes geprägt. Indien war damit ebenso wie China in den Augen Nehrus eine natürliche Großmacht. In diesem Verständnis von Großmacht liegt einer der Gründe, weshalb Nehru nach der Unabhängigkeit Indiens und angesichts der großen sozio-ökonomischen Probleme weitgehend darauf verzichtete, die Streitkräfte auszubauen, obwohl der Streit um die Zugehörigkeit Kaschmirs nach wenigen Monaten zum ersten Krieg mit Pakistan führte und der strittige Grenzverlauf mit China dies nahegelegt hätten.

Nehru setzte statt dessen auf friedliche Mechanismen zur Konfliktbeilegung und brachte die Kaschmirfrage vor die VN. Bei regionalen Krisen wie in Indonesien, Indochina, Korea und im Kongo bemühte sich Indien unter seiner Führung um eine friedliche Beilegung und engagierte sich an VN-Friedenseinsätzen. Nehru setzte sich für die Aufnahme Chinas in die VN ein, um damit die Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu verbessern und den Entwicklungsländern ein größeres Gewicht auf der internationalen Bühne zu ermöglichen. Die 1961 gegründete Bewegung der Blockfreien Staaten wurde maßgeblich von Nehru geprägt und gab seinen Ideen einer Nicht-Paktgebundenheit in der Zeit des Ost-West-Konflikts einen institutionellen Rahmen.

Nehrus auf Kooperation, Institutionen und Multilateralismus aufbauende Vorstellung eines indischen Großmachtverständnisses stieß bei den anderen Welt- und Großmächten auf wenig Gegenliebe. Die mit dem Ost-West-Konflikt einsetzende Teilung der Welt ließ Nehrus Ansatz von Blockfreiheit vor allem in den USA als suspekt erscheinen. Nehrus Konzeption war zugleich widersprüchlich, u.a. weil sich Indien weigerte das in verschiedenen VN-Resolutionen festgeschriebene Referendum über die Zugehörigkeit Kaschmirs durchzuführen und weil die Militäraktion zur Einverleibung Goas in die Indische Union im Dezember 1961 zeigte, dass Indien auch gewillt war militärische Mittel einzusetzen, wenn die Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft waren. Seine Großmachtambitionen scheiterten mit der Niederlage Indiens im Grenzkrieg 1962 gegen China. Die militärische Niederlage und der erste chinesische Atomversuch 1964 bewirkten nach dem Tod Nehrus einen Umdenkungsprozess in der indischen Außenpolitik und einen Wandel des indischen Großmachtverständnisses.

Indira Gandhi stärkte in ihrer Amtszeit die klassischen Ressourcen einer Großmacht, den Ausbau der militärischen und technologischen Fähigkeiten. Der erste Atomversuch 1974 stellte die technologischen Fähigkeiten Indiens unter Beweis und unterstrich den Anspruch

⁸ Vgl. Nehru, Jawaharlal, *The Discovery of India*, Calcutta 1946.

auf Gleichrangigkeit mit der VR China ebenso wie der Ausbau des Raketen- und Weltraumprogramms, das den Grundstein für die Entwicklung eigener Kurz- und Mittelstreckenraketen legte. Indira Gandhi setzte die Politik ihres Vaters, als Fürsprecher für die Anliegen der Dritten Welt in internationalen Organisationen aufzutreten, fort. Ein weiteres, neues Element, das ebenfalls eher einen klassischen Großmachtverständnis widerspiegelt war die nach ihr benannte Indira-Doktrin, die einen mehr oder weniger offenen Vormachtanspruch gegenüber den Nachbarstaaten postulierte. In verschiedenen Reden machte Indira Gandhi deutlich, dass alle Probleme in Südasiens nur mit Hilfe Indiens und ohne die Einbeziehung externer Großmächte oder internationaler Organisationen beigelegt werden sollten. Zudem wandte sie sich gegen ausländische Militärstützpunkte in der Region, was sich gegen die amerikanischen Einheiten in Diego Garcia im Indischen Ozean richtete.⁹

Der indische Sieg im dritten Krieg gegen Pakistan 1971 und die Unabhängigkeit Ostpakistans hatten die indische Vormachtstellung in Südasiens deutlich gestärkt. Indien konnte damit endgültig als Regionalmacht gelten, doch gelang es trotz des militärischen Erfolgs über Pakistan nicht, im Friedensvertrag von Simla 1972 eine dauerhafte Lösung der Kaschmirfrage zu erreichen. Der indische Einfluss in Bangladesch, das erst dank der militärischen Intervention Indiens die Unabhängigkeit erlangt hatte, endete mit dem Militärputsch von 1975. Anfang der achtziger Jahre versuchte Indira Gandhi, die indischen Sicherheitsinteressen durch die Unterstützung separatistischer Gruppen in Sri Lanka gegen die dortige Regierung durchzusetzen. Dies hatte unter Indira Gandhis Nachfolger Rajiv Gandhi zwischen 1987 und 1990 eine umfangreiche Stationierung indischer Truppen zur Folge, die jedoch die Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) nicht entwaffnen konnten. Nach einem Streit mit der srilankischen Regierung verließen im Frühjahr 1990 die indischen Truppen die Insel, ohne dass eine Lösung des Bürgerkriegs erreicht worden wäre.

Das indische Großmachtverständnis lässt sich bis zum Ende des Ost-West-Konflikts durch verschiedene Merkmale kennzeichnen. Nehru legte die Grundlagen des indischen Großmachtvorstellungen mit seinen Vorstellungen von der vergangenen historischen und zivilisatorischen Größe Indiens aus der er einen besonderen Platz Indiens im internationalen System ableitete. Während er die ‚soft power‘ Komponente Indiens hervorhob, stärkten Indira und Rajiv Gandhi durch Ausbau der Armee, des Nuklear-, Weltraum- und Raketenprogramms eher die ‚hard power‘ Ressourcen des Landes.

Ein wichtiges Element, das in der theoretischen Debatte mit dem Großmachtstatus verbunden wird, nämlich wirtschaftliche Stärke, kam es nach den Reformen von 1991 als neues Element in die indische Außenpolitik. Während sich China nach seiner wirtschaftlichen Öffnung Ende der siebziger Jahre in einem rasanten Tempo entwickelte,

⁹ Vgl. Hagerty, Devin T., India's Regional Security Doctrine, in: *Asian Survey*, 31 (April 1991) 4, S. 351-363.

wurden ökonomische Reformen in Indien unter Indira und Rajiv Gandhi nur zaghafte umgesetzt. Erst die Zahlungsbilanzkrise im Frühsommer 1991 brachten einen tiefgreifenden Wandel der indischen Wirtschaftspolitik, der auch Folgen für das außenpolitische Selbstverständnis hatte. Seit Anfang der neunziger Jahre ist die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu einem wichtigeren Indikator des außenpolitischen Selbstverständnisses Indiens geworden und hat seinen Niederschlag in der Politik gefunden. Narasimha Raos *Look East Policy* verfolgte eine Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen mit den Schwellenländern Ost- und Südostasiens, Inder K. Gujral's Doktrin betonte demgegenüber die Bedeutung wirtschaftlicher Faktoren in Bezug auf die Beziehungen Indiens zu seinen Nachbarn in Südasiens. Das Werben um ausländische Direktinvestitionen und der Verweis auf hohe Wachstumsraten als Indikator für den Erfolg der Reformen unterstreichen die neue Bedeutung des Faktors Wirtschaft im außenpolitischen Verständnis Indiens. Allerdings waren sich führende indische Politiker wie Premierminister Gujral auch der Grenzen der ökonomischen Möglichkeiten des Landes im Hinblick auf die Großmachtambitionen durchaus bewusst: "I told President Clinton that when my third eye looks at the door into the Security Council chamber it sees a little sign that says, 'only those with economic wealth or nuclear weapons allowed.' I said to him, 'it is very difficult to achieve economic wealth.'"¹⁰

Die Atomtests vom Mai 1998 unterstrichen die Bedeutung traditionelle Großmachtsymbole für die hindu-nationalistischen BJP und betonten erneut den Anspruch auf Gleichrangigkeit mit der VR China. Äußerungen verschiedener BJP-Politiker zeigten die Bedeutung der Atomtests für die nationale Identität des Landes: „India is strong, when she has the bomb.“¹¹ Außenminister Singh erweiterte in verschiedenen Aufsätzen und Reden auch die klassischen Einflussgebiete indischer Außenpolitik. Galt Südasiens bis dahin als nationales Einflussgebiet indischer Außenpolitik, so erhob er auch indische Ordnungsinteressen im südlichen Asien, zum dem Südostasiens, Zentralasiens, der Indische Ozean und Westasiens zählen.¹²

Nehrus Vorstellungen von Großmacht zielten stärker auf das, was in den Debatten der neunziger Jahre als ‚Zivilmacht‘ wahrgenommen wurde. Solche Konzeptionen waren aber mit den ideologischen Frontstellungen des Kalten Krieges nicht kompatibel und fanden bei den Groß- und Supermächten keinen Anklang. Mittlerweile haben indische Politiker eine eher traditionelle Vorstellung davon entwickelt, wie sich Indien als Großmacht darstellen soll. Dieses Großmachtverständnis orientiert sich an militärischer Stärke und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Dies wirft zugleich die Frage nach den wirtschaftlichen

¹⁰ Gujral zitiert nach Perkovich, *George, India's Nuclear Bomb. The Impact on Global Proliferation*, Oxford, New York, 1999, S. 400.

¹¹ Malkani zitiert nach Perkovich 1999, S. 334.

¹² Vgl. Singh, Jaswant, *India's Perspective on International and Regional Security Issues*, Vortrag 17. Januar 2001, Berlin (verteiltes Manuskript).

Ressourcen Indiens auf. Gemäß internationaler Wirtschafts- und Sozialstatistiken ist Indien weiterhin ein Entwicklungsland. Ein BSP pro Kopf von 450 US\$ oder Platz 124 auf dem Human Development Index (HDI) sprechen eine deutliche Sprache. Die von indischer Seite gerne gemachten Hinweise, dass Indien auf der Grundlage seines gesamten BSP eine der größten Volkswirtschaften der Welt darstellt, ist zwar richtig, schafft aber die sozio-ökonomischen Probleme des Landes nicht aus der Welt. Die Erfolge der indischen Softwareindustrie sind zwar beeindruckend, können aber die Defizite in vielen Bereichen des täglichen Lebens nicht kompensieren.

Im Vergleich zur VR China werden die Probleme Indiens deutlich. China zieht im Vergleich zu Indien ca. zehn mal mehr an ausländischen Direktinvestitionen an und liegt bei den meisten Wirtschafts- und Sozialindikatoren z.T. deutlich vor Indien. Gerade am Beispiel China zeigt sich aber auch, dass nicht wirtschaftliche Indikatoren sondern die machtpolitischen Beziehungen und ihr Kontext für den Status von Staaten von Bedeutung ist. Als China 1972 als ständiges Mitglied in den Sicherheitsrat der VN aufgenommen wurde, dürften seine Sozial- und Wirtschaftsindikatoren wohl kaum besser gewesen sein als die Indiens. Dies verweist auf die Bedeutung von Institutionen und Interaktion für den Großmachtstatus.

Institutionen und Interaktion

Im internationalen System nach dem Ende des 2. Weltkrieges haben sich zwei Institutionen herausgebildet, die den Großmachtstatus bestimmen: der Sicherheitsrat der VN und der NVV. Damit ist die Frage nach dem indischen Großmachtanspruch untrennbar mit den Beziehungen Indiens zu China und den USA während und nach dem Ost-West-Konflikt verbunden.

Der Ost-West-Konflikt

Die Beherrschung von Atomkraft galt nach dem 2. Weltkrieg auch in Indien als Synonym für Fortschritt und Entwicklung. Zugleich war damit ein Element von Gleichheit gegenüber den ehemaligen europäischen Kolonialherren verbunden, welches das neue internationale Selbstbewusstsein der früheren Kolonien untermauern sollte. Nehru hatte sich während seiner Amtszeit immer wieder gegen die Entwicklung von Nuklearwaffen ausgesprochen und galt auch auf internationaler Bühne als vehementer Vertreter einer generellen nuklearen Abrüstung. Allerdings hatte er sich auch stets eine Tür für die Entwicklung indischer Atomwaffen offengehalten, wie bereits in einer seiner Reden 1946 in Bombay anklang: „But if India is threatened she will inevitably try to defend herself by all means at her disposal. I hope India in common with other countries will prevent the use of atomic bombs.“¹³ Während Nehrus Amtszeit wurden zwar die technologischen

¹³ Nehru zitiert nach Perkovich 1999, S. 14.

Grundlagen des indischen Atomprogramms gelegt, doch blieb dieses vor allem auf die friedliche Nutzung zur Entwicklung des Landes ausgerichtet. Nach dem Tod Nehrus 1964 und dem ersten chinesischen Atomtest im gleichen Jahr veränderte sich auch die indische Debatte. Die Versuche Indiens, eine nukleare Garantie von den westlichen Atommächten gegenüber einer möglichen chinesischen Bedrohung zu erhalten, scheiterten. Unter Premierminister Shastri und Indira Gandhi wurden ab Mitte der sechziger Jahre die Weichen für eine Entwicklung eigener Nuklearwaffen gestellt. Die Verhandlungen der Nuklearmächte über ein internationales Kontrollregime, wie es 1970 mit dem NVV Gestalt annahm, verstärkten die indischen Anstrengungen.

Anfang der siebziger Jahre erhielten die indischen Großmachtambitionen einen doppelten Rückschlag. Mit dem Inkrafttreten des NVV 1970 schrieben die Atommächte ihre privilegierte Stellung im internationalen System fest. Dies widersprach den indischen Vorstellungen von der Gleichheit aller Staaten und wurde von Indien seitdem als nukleare Apartheid kritisiert. Mindestens ebenso schwerwiegend war die Annäherung der USA an die VR China, die im Sommer 1971 mit der Geheimmission von US-Sicherheitsberater Henry Kissinger und seiner Reise von Islamabad nach Peking eingeleitet worden war. Durch die Krise in Ost-Pakistan und die unterschiedliche Haltung zu China gelangten die indisch-amerikanischen Beziehungen 1971 auf einen Tiefpunkt.

Der im gleichen Jahr beschlossene und 1972 vollzogene Einzug der VR China als ständiges Mitglied in den Sicherheitsrat für Taiwan war deshalb eine empfindliche politische Niederlage für Indien. Damit war die VR China, für deren Aufnahme in die VN sich Nehru noch in den fünfziger Jahren wiederholt eingesetzt hatte, durch ihre Mitgliedschaft in den beiden exklusiven Institutionen zu einer anerkannten Großmacht geworden. Die Unterzeichnung des Freundschaftsvertrags mit der Sowjetunion als Reaktion auf diese Entwicklung förderte zwar in der Folge die Annäherung zwischen beiden Staaten und gab Indien eine internationale Rückendeckung in den VN nach seiner militärischen Intervention in Ost-Pakistan. Für die internationale Position Indiens blieb dieser Schritt jedoch ohne Bedeutung, da Indien an seiner eigenständigen Außenpolitik festhielt.

Der erste indische Atomversuch 1974 erwies sich als zwiespältiges Unterfangen. Indien demonstrierte seine technologischen Fähigkeiten und unterstrich damit seine Gleichrangigkeit gegenüber China. Der als *peaceful nuclear explosion* deklarierte Atomtest sollte vor allem die friedliche und nicht die militärische Nutzung der Atomenergie herausstellen. Dies wurde auch durch den geringen Einfluss der Streitkräfte auf die Kontrolle des Nuklearprogramms deutlich. Das indische Militär war weder in die Planung noch in die unmittelbare Testvorbereitung eingebunden und war eher skeptisch gegenüber möglichen Nuklearwaffen eingestellt. So hatte Generalfeldmarschall Manekshaw noch im Frühjahr 1973 deutlich gemacht, dass Indien keine Atomwaffen benötige bzw. diese nicht einsetzen könne. Der erste Nuklearversuch unterstrich die indischen Großmachtambitionen und war eher symbolisch als sicherheitspolitisch oder innenpolitisch bestimmt. Eine chinesische Bedrohung oder gar ein nuklearer Erpressungsversuch war

zum damaligen Zeitpunkt nicht vorhanden. Der nur bruchstückhaft nachzuvollziehende Entscheidungsprozess im Beraterstab von Indira Gandhi zeigte, dass es vor allem die Wissenschaftler, wie der Vorsitzende der Atombehörde, waren, die Indira Gandhi schließlich zu dem Versuch am 18. Mai 1974 drängten.¹⁴

Aus den für das nationale Selbstverständnis positiven Atomtests ergaben sich aber eine Reihe von negativen Konsequenzen. Innenpolitisch brachte der Versuch Indira Gandhi nur für wenige Wochen einen Aufschwung in der öffentlichen Meinung. Außenpolitisch verstärkte er sogar die internationale Isolation Indiens. Die wichtigsten Lieferländer beschlossen in Reaktion auf den indischen Versuch schärfere Richtlinien und schlossen und sich im April 1975 in London zum Nuclear Suppliers Club zusammen. Die damit verbundenen Lieferrestriktionen behinderten die Entwicklung des zivilen Nuklearprogramms in Indien. Dem Versuch fehlte zugleich eine weiterführende Strategie, da z.B. nachfolgende Tests wie sie für ein militärisches Programm notwendig gewesen wären, nicht vorgesehen waren. Im regionalen Kontext, vor allem in den Beziehungen zu Pakistan hatte der Test ebenfalls eher negative Auswirkungen. Bereits nach der verheerenden militärischen Niederlage 1971 hatte Premierminister Bhutto an die Entwicklung von Atomwaffen gedacht, um dadurch das konventionelle Übergewicht Indiens zu kompensieren. Nach dem indischen Atomversuch stellte sich dieses Unterfangen für Pakistan noch dringender dar als zuvor. Zudem verstärkte sich damit die Zusammenarbeit zwischen Pakistan und China, die von Indien misstrauisch verfolgt wurde.

Mit den Ereignissen Anfang der siebziger Jahre waren die Weichen für Indiens Position im internationalen System des Ost-West-Konflikts gestellt. Indien hatte den Wettlauf mit der VR China um Macht und Einfluss verloren, obwohl es in den fünfziger Jahren noch die besseren Ausgangsbedingungen gehabt hatte. Sowohl die sich verschlechternden Beziehungen mit den USA und mit China auf internationaler Ebene, als auch das Festhalten am indischen Entwicklungsmodell und den Vorstellungen von außenpolitischer Eigenständigkeit ließen die internationale Bedeutung Indiens zurückgehen. Der Atomversuch 1974 brachte keine internationale Aufwertung Indiens, sondern vergrößerte die sicherheitspolitische Isolation des Landes in der internationalen Gemeinschaft.

Das internationale System nach 1991

Der Zusammenbruch der Sowjetunion im Dezember 1991 brachte das Ende des Ost-West-Konflikts. Trotz der viel beschworenen neuen Weltordnung blieb die alte Weltordnung mit ihren Institutionen zunächst in Kraft. Den Diskussionen um eine Reform der VN und eine mögliche Erweiterung der ständigen Mitglieder im Sicherheitsrat, wobei Deutschland, Japan und Indien immer wieder als Kandidaten gehandelt wurden, folgten

¹⁴ Vgl. Perkovich 1999, S. 176.

keine Taten. Das bisherige Institutionengefüge wurde 1995 sogar noch gestärkt, als sich die internationale Staatengemeinschaft in New York auf die unbefristete Verlängerung des NVV einigte. Die Institutionen des Ost-West-Konflikts als Bezugsrahmen für den Großmachtstatus hatten damit weiter Bestand.

Das Jahr 1991 bildete auch für Indien eine wichtige Zäsur. Die einsetzenden Wirtschaftsreformen nach der Zahlungsbilanzkrise vom Frühsommer des Jahres führten zu einer grundlegenden Umkehr der bisherigen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen. Die wirtschaftliche Öffnung hatte Rückwirkungen auf die Außenpolitik, bei der wirtschaftliche Fragen in den Vordergrund rückten. Aber auch für die Großmachtambitionen war die wirtschaftliche Öffnung von Bedeutung, denn nur ein anhaltend hohes Wirtschaftswachstum konnte die Rüstungsausgaben in Höhe von zwei bis drei Prozent des BSP auf Dauer finanzieren. Zudem verfolgten alle Großmächte auch China und Russland eine Politik der Weltmarktintegration, so dass Indien mit seiner bis dahin betriebenen binnenorientierten Politik kaum Gewicht in der internationalen Politik hätte beanspruchen können.

Indien und der NVV in den neunziger Jahren

Im internationalen Kontext blieb Indiens Isolation in der Frage des Nuklearprogramms weiter bestehen. Sie vergrößerte sich in der ersten Hälfte der neunziger Jahre noch, weil zum einen die Clinton-Administration ein stärkeres Gewicht auf die Durchsetzung des NVV legte und zum anderen der Vertrag im Frühjahr 1995 bei der Konferenz in New York auf unbestimmte Zeit verlängert wurde.

Der nukleare Wettlauf zwischen Indien und Pakistan verschlechterte auch die Sicherheitslage in Südasiens. Pakistanische Wissenschaftler und Politiker hatten Ende der achtziger Jahre deutlich gemacht, dass ihr Land über Nuklearwaffen verfüge. Doch aus dieser bis 1998 nur verdeckten Nuklearisierung folgte keine gegenseitige Abschreckung oder gar eine Stabilisierung der bilateralen Beziehungen. Ursache hierfür war der gewandelte Charakter des Kaschmir-Konflikts, der nach den Protesten gegen die gefälschte Landtagswahl 1987 und dem Eindringen muslimischer Extremisten nach dem Ende des Afghanistankrieges eine neue Qualität angenommen hatte. Die militärische, wirtschaftliche und logistische Unterstützung dieser militanten Gruppen in Pakistan verschlechterte die bilateralen Beziehungen mit Indien. Der Konflikt um Kaschmir war damit um eine nukleare Komponente erweitert worden, die, wie die Krise 1990 zeigte, die Furcht vor einer nuklearen Eskalation aufkommen ließ.¹⁵

Auf der Ebene der Institutionen hatte sich die Situation für Indien nach dem Ende des Ost-West-Konflikts im Hinblick auf seine Großmachtambitionen somit nicht gebessert. Im

¹⁵ Vgl. Krepon, Michael/Sevak, Amit (eds.), *Crisis Prevention, Confidence Building, and Reconciliation in South Asia*, New Delhi 1996.

Gegenteil war durch die unbefristete Verlängerung des NVV 1995 die Isolation Indiens in dieser Frage noch deutlicher geworden. Die indische Regierung hatte als Zugeständnis an die USA seit Anfang der neunziger Jahre signalisiert, dem allgemeinen Teststoppabkommen (Comprehensive Test Ban Treaty, CTBT) beizutreten. Nach der unbefristeten Verlängerung des NVV wurden in Indien zunehmend Stimmen laut, die für eine offene Nuklearisierung des Landes, d.h. für Atomtests, eintraten, um als Atommacht dem CTBT beizutreten.¹⁶ Die Vorbereitungen für einen Test wurden im Dezember 1995 offenkundig und die regierende Kongresspartei sah angesichts des amerikanischen Drucks in dieser Frage von deren Durchführung ab. Bedingt durch die innenpolitische Debatte und aufgrund strittiger Regelungen im CTBT zog die neu an die Regierung gekommene Left Front Koalition 1996 ihre Unterstützung für das Vertragswerk wieder zurück.¹⁷

Die Tests vom Mai 1998 spiegelten das außenpolitische Selbstverständnis der neuen BJP-Regierung wider und untermauerten ihr Streben nach einer Großmachtrolle für Indien. Wie bereits 1974 so waren auch die Tests von 1998 zunächst kontraproduktiv wie die weltweite Kritik sowie die Sanktionen der USA und anderer Industriestaaten verdeutlichte. Trotz intensiver bilateraler Gespräche gelang es den USA nicht, Indien in die internationalen Kontrollregime einzubinden. Indien verfügte nach den Atomversuchen ein Testmoratorium und Außenminister Singh machte deutlich, dass Indien durchaus bereit sei, grundlegende Prinzipien des NVV, wie die Non-Proliferation nuklearer Technologie, einzuhalten, ohne den Vertrag jedoch zu unterschreiben.¹⁸

Indien und die Beziehungen zu den USA und zur VR China

Trotz seiner Isolation in der Nuklearfrage gewann Indien in den neunziger Jahren an außenpolitischer Statur und entwickelte sich zu einem wichtigen internationalen Akteur in Asien. Seit dieser Zeit ist eine deutliche Annäherung Indiens sowohl an die USA als auch an China zu verzeichnen. Zugleich begannen beide Staaten Indien zunehmend als Staat zu sehen, der aufgrund seiner Ressourcen für die eigenen außenpolitischen Interessen von Bedeutung war.

Die wirtschaftliche Öffnung Indiens im Zuge seiner Reformen nach 1991 sowie die neue Betonung von demokratischen Strukturen durch die USA ließen neue, bis dahin nicht gekannte Gemeinsamkeiten zwischen beiden Staaten entstehen. Galten Indien und die USA während des Ost-West-Konflikt noch als ‚entfremdete‘ Demokratien¹⁹, so begannen sich vor allem gegen Ende der neunziger Jahre Formeln wie ‚strategische Partnerschaft‘

¹⁶ Vgl. Perkovich 1999, S. 369-371.

¹⁷ Vgl. Mistry, Dinshaw, Domestic-International Linkages: India and the Comprehensive Test Ban Treaty, in: *The Nonproliferation Review*, 6 (Fall 1998), 1, S. 25-38.

¹⁸ Vgl. Singh, Jaswant, Against Nuclear Apartheid, in *Foreign Affairs*, 77 (September/October 1998) 5, S. 41-51.

¹⁹ Kux, Dennis, *Estranged Democracies. India and the United States 1941-1991*, London/New Delhi 1994.

und ‚natürliche Verbündete‘ in den offiziellen Verlautbarungen führender Politiker durchzusetzen.²⁰ Hinzu kam, dass beide Staaten ihre gemeinsamen Sicherheitsinteressen entdeckten. Dies war zum einen die Bedrohung durch den militanten islamischen Fundamentalismus, den Indien seit Anfang der neunziger Jahre in Jammu und Kaschmir bekämpfte und der die Außenpolitik der USA nach den Anschlägen vom 11. September 2001 dominierte. Aber auch in den Beziehungen zu China hatten beide Seiten eine Reihe von Gemeinsamkeiten. Spätestens mit der Bush-Administration nach 2001 wurde China immer weniger als strategischer Partner sondern als strategischer Rivale der USA wahrgenommen. Die chinesische Bedrohung war zugleich ein Dauerthema der außenpolitischen Entscheidungsträger in Indien, das militärisch durch die Niederlage von 1962 und politisch durch die aus indischer Sicht internationale Ungleichbehandlung Indiens gegenüber China gespeist wurde. Aus den gemeinsamen sicherheitspolitischen Bedrohungen hatte sich im Laufe der neunziger Jahre auch eine intensive militärische Zusammenarbeit entwickelt.²¹ Indien und die USA teilten zudem nach 2001 unter der republikanischen Bush-Regierung und der konservativen, hindu-nationalistischen BJP-Regierung ihre Vorbehalte gegenüber multilateralen Vereinbarungen und lehnten die Einrichtung des internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag ab.

Erstaunlich war die indische Zustimmung für die amerikanischen Pläne, ein Raketenabwehrsystem einzurichten, die in den meisten anderen Ländern auf Ablehnung stießen. Für die indische Befürwortung dieser Pläne lassen sich verschiedene Gründe anführen. Erstens beinhalteten die amerikanischen Pläne eine weitreichende nukleare Abrüstung, die Indien seit Nehru immer wieder gefordert hatte. Zweitens gingen die Pläne für ein Raketenabwehrsystem in die Richtung eines neuen internationalen Sicherheitssystems, das zumindest in indischer Perspektive die Frage nach der Fortdauer des NVV aufkommen ließ. Drittens wäre ein damit verbundenes regionales Raketenabwehrsystem in Ostasien zumindest indirekt gegen China gerichtet, was gemeinsamen sicherheitspolitischen Interessen Indiens und der USA entsprach. Während eine Reihe von Punkten somit im Einklang mit der bisherigen indischen Politik standen, war die Erwägung einer Teilnahme an einem solchen militärischen System zugleich ein völlig neuer Schritt, hatten es doch indische Politiker seit Nehrus Tagen immer wieder abgelehnt, ihr Land an Militärbündnissen zu beteiligen.

²⁰ Zur indisch-amerikanischen Partnerschaft vgl. die Ausführungen von Foreign Secretary Sibal, Kanwal, *India-US Partnership. Meeting Emerging Security Challenges*, Washington 2003, siehe die Perspektive des amerikanischen Botschafters in Indien Blackwill, Robert D., *The United States, India and Asian Security*, Paper presented to the Institute for Defence Analyses 5th Asian Security Conference, New Delhi 2003; sowie die Ausführungen des Direktors des Planungsstabs Haass, Richard N., *The United States and India: A Transformed Relationship*, remarks to Confederation of Indian Industry, Hyderabad 2003.

²¹ Vgl. Louscher, David J./Cook Alethia H./Barto, Victoria D., *Military Relations between the US and India: Assessment and Prospects*, in: Kapur, Ashok/Malik Y.K./Gould, Harold A./Rubinoff Arthur G. (eds.), *India and the United States in a Changing World*, New Delhi/London 2002, S. 297-327.

Zwar bestanden weiterhin eine Reihe von Differenzen zwischen Indien und den USA, die in der Nuklearfrage am deutlichsten waren, doch verloren diese mit der Amtsübernahme von Präsident Bush 2001 an Bedeutung. Da China von der Bush-Regierung eher als strategischer Rivale denn als Partner wahrgenommen wird, hat die Bedeutung Indiens für die US-Außenpolitik im asiatisch-pazifischen Raum zugenommen. Galt die Indische Union im Januar 1997 in einem Bericht der Independent Task Force on South Asia noch als 'aufstrebende Großmacht', so wurde sie in der National Security Strategy der USA vom Herbst 2002 bereits auf eine Stufe mit den potenziellen Großmächten Russland und China gestellt: „Several potential great powers are now in the midst of internal transition – most importantly Russia, India, and China.“²²

Im Verhältnis Indiens zu China waren in den neunziger Jahre aber ebenfalls beträchtliche Verbesserungen zu verzeichnen. Eine 1989 eingesetzte, gemeinsame Arbeitsgruppe zur Klärung der Grenzfrage erörterte den schwierigsten Punkt im bilateralen Verhältnis. Zwei Abkommen 1993 und 1996 schrieben den Status quo an der tatsächlichen Kontrolllinie fest und bauten die vertrauensbildenden Maßnahmen aus. Beide Staaten hatten ebenfalls ihre gemeinsamen Sicherheitsinteressen entdeckt. Dies war zum einen die Bekämpfung des militanten islamischen Extremismus, den China unter seinen muslimischen Minderheiten in den westlichen Provinzen fürchtete, sowie zum anderen die Ablehnung des westlichen, bzw. amerikanischen Unilateralismus in Bezug auf die Einmischung in die inneren Angelegenheiten. Beide Staaten betonten wiederholt, dass sie das zukünftige internationale System als multipolares System sehen ohne die Vorherrschaft einer Macht. Diese außenpolitische Neuorientierung beider Staaten brachte auch neue Formen der Zusammenarbeit in bis dahin kaum für möglich gehaltenen Bereichen. So unterstützte Indien den Protest Chinas gegen die Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad während des Kosovo-Krieges. Mit China war Anfang 1995 eine Vereinbarung über die Lieferung von schwerem Wasser für den indischen Reaktor in Tarapur erzielt worden.²³ Daneben bauten beide Seiten ihre Handelsbeziehungen aus und intensivierten die Kontakte ihrer Militärs und Parlamentarier.

Unter dieser Entwicklung begann sich das in Indien lang gehegte Feindbild der chinesischen Bedrohung, das von Verteidigungsminister Fernandes noch als Rechtfertigung für die Atomtests 1998 angeführt worden war, allmählich zu verändern. Deutlich wurde dieses Spannungsfeld zwischen politischer Führung und sicherheitspolitischen Kreisen im Januar 2003. Anfang des Monats wurde der frühere Armeeoberbefehlshaber Krishna Rao noch mit den Worten zitiert: „China is the real danger.“²⁴ Ende des Monats erklärte Außenminister Yashwant Sinha hingegen in einer Rede vor Militärs und Sicherheitsexperten eine Neuorientierung der indischen

²² Vgl. *The National Security Strategy of the United States of America*, Washington 2002, S. 27.

²³ Vgl. Perkovich 1999, S. 355.

²⁴ Ohne Autor, China is the real danger: Krishna Rao, in: *The Hindu*, 2. Januar 2003.

Außenpolitik gegenüber China, die von den bisherigen Bedrohungsszenarien Abschied nahm: „Let me debunk these theories completely and state with full conviction that India neither pursues nor makes policy towards China based on the belief that conflict between the two is inevitable.“²⁵ Auch mit China bestehen weiterhin eine Reihe von Problemen, von denen neben der Grenzfrage die militärische Zusammenarbeit Chinas mit Pakistan sicherlich am schwerwiegendsten ist. Allerdings zeigte sich auch hier, dass Indien und China bereit sind, ihre bilateralen Differenzen in den Hintergrund zu rücken und ihr Verhältnis nicht durch ihre Beziehungen zu Drittstaaten beeinflussen zu lassen.

Die verbesserten Beziehungen zu den USA und zu China wurden in den neunziger Jahren durch eine hochrangige Besuchsdiplomatie unterstützt. Herausragend war auf amerikanischer Seite der Besuch von Präsident Clinton im März 2000 in Indien. Der Besuch des chinesischen Regierungschefs Zhu Rongji im Januar 2002 unterstrich das neue Interesse Chinas an guten Beziehungen zu Indien. Die Bildung neuer Kommissionen in den verschiedenen Bereichen Wirtschaft, Technologie, Handel, Militär, Sicherheit hat die Besuchsdiplomatie mit den USA deutlich ausgeweitet. In der Amtszeit von US-Botschafter Robert Blackwill zwischen 2001 und 2003 waren über 100 US-Regierungsvertreter zu Gesprächen nach Indien gekommen.

Die Entwicklung der neunziger Jahre verdeutlicht, dass Indien im Vergleich zur Phase des Ost-West-Konflikts sowohl in den außenpolitischen Erwägungen der USA als auch Chinas deutlich an Bedeutung gewonnen hat. Demokratie, Marktwirtschaft mit einem der größten Binnenmärkte, eine westliche Konzeption von Menschenrechten und die militärische Schlagkraft der drittstärksten Armee lassen Indien als strategischen Verbündeten der USA erscheinen. Allerdings haben auch Indien und China eine Reihe von Gemeinsamkeiten entwickelt, und haben wiederholt ihre Vorbehalte gegenüber einem amerikanischen Unilateralismus geäußert.

Ausblick: Großmacht im Wartestand?

Indien ist auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts noch keine Großmacht gemäß der eingangs vorgestellten Kriterien. Selbst wenn Indien immer wieder als Kandidat für einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat genannt wird, so kommt dessen Reform nicht voran und die unbefristete Verlängerung des NVV hat eine Beteiligung Indiens daran in weite Ferne rücken lassen. Eine Aufnahme in diese Gremien ist nicht möglich, solange Indien nicht bereit ist, den damit verbundenen Normen und Auflagen zu folgen. Die nicht umgesetzten Resolutionen zu Kaschmir sind dabei ebenso ein Hemmschuh wie Indiens Minderheitenmeinung zum NVV.

Indien entspricht damit eher einer Großmacht im Wartestand, die über keinen formellen Status aber eine Reihe von Merkmalen verfügt, die Großmächten zugeschrieben werden.

²⁵ Sinha zitiert nach Baruah, Amit, Forward-looking approach to China, in: *The Hindu*, 29. Januar 2003.

Hierzu zählen ideelle Faktoren wie z.B. das nationale Selbstverständnis über den Großmachtanspruch, aber auch materielle Ressourcen wie militärische Schlagkraft, ein eigenes Nuklear-, Weltraum- und Raketenprogramm. Nach 1991 hat sich auch ein parteiübergreifender Konsens durchgesetzt, dass der Großmachtstatus eines Landes im 21. Jahrhundert eine entsprechende wirtschaftliche Grundlage benötigt, nicht zuletzt um damit die Ausgaben für die Rüstung und das Nuklearprogramm zu finanzieren. Gerade auf nationaler Ebene zeigen Indiens Großmachtambitionen deutliche Schwächen, denn Armut und Unterentwicklung gehen kaum mit der Vorstellung einer Großmacht zusammen. Die wachsende internationale Bedeutung Indiens ist denn auch eher den verbesserten Beziehungen zu den USA und China zuzuschreiben als den Entwicklungserfolgen im eigenen Land.

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass sich trotz der langjährigen Rivalität mit China das außenpolitische Selbstverständnis indischer Entscheidungsträger in den neunziger Jahren immer stärker dem chinesischen Modell angenähert hat. K. Subramaniam, langjähriger Direktor des einflussreichen Think Tanks Institute for Defence Studies and Analyses hat dies einmal auf die kurze Formel gebracht: ‚Eine Nation von 800 Millionen Menschen mit einer Atombombe kann nicht vernachlässigt werden.‘ Gemessen am Aufschwung der indisch-amerikanischen Beziehungen nach den Atomtests von 1998 haben sich diese trotz aller internationaler Kritik und Sanktionen im Nachhinein als richtige Strategie erwiesen. Diese ‚hard power‘ Strategie hatte offensichtlich mehr Erfolg als Nehrus frühere Versuche, Indien als ‚soft power‘ im internationalen System zu etablieren. Gegenüber dem chinesischen Modell hat Indien mit seiner Demokratie sogar ein Merkmal, das in der zukünftigen Hierarchie der Staatenwelt eine größere Bedeutung erlangen könnte. Doch erst wenn es zu einer neuen Architektur globaler Institutionen kommt, wird die Indische Union wohl einen wichtigeren Platz einnehmen als in der bisherigen Ordnung der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs und ihren Wartestand verlassen.

Der Autor

Dr. phil. habil. Christian Wagner, Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik. 2001-2002 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Entwicklungsforschung, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn; 1996-2001 Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften, Universität Rostock; 1994-1995 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsschwerpunkt Moderner Orient, Berlin; 1991-1994 Verwaltungsangestellter an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz; 1990-1991 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Seminar für Wissenschaftliche Politik, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Forschungsfelder: Indien, Pakistan, Sri Lanka, Bangladesch, Nepal: Außen- und Sicherheitspolitik; Demokratie und ethnische Konflikte; regionale Zusammenarbeit

christian.wagner@swp-berlin.org